

Keine Zeit für Ablenkungsmanöver

Eine Stellungnahme von Tanja Chawla, der Vorsitzenden des DGB Hamburg

Es gibt eine Menge zu tun im Hamburg dieser Tage: Seit Jahren ist bekannt, wie prekär die Arbeitsbedingungen, die Personalbemessung und die Entlohnung in den Branchen sind, in denen überwiegend Frauen arbeiten. Tausende trieb dies am Internationalen Frauen(streik)tag zu Warnstreiks auf Hamburgs Straßen. Gleichzeitig wird allerorten der Fachkräftebedarf beklagt, während klar ist, dass bei den Frauen ein enormes Beschäftigungspotenzial liegt, das derzeit nicht geborgen wird.

Das Problem: Die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, niedrige Entgelte, eine hohe Arbeitsbelastung, verminderte Karrierechancen und Sexismus am Arbeitsplatz behindern die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Arbeitswelt. Nicht unproblematischer sieht es bezüglich der

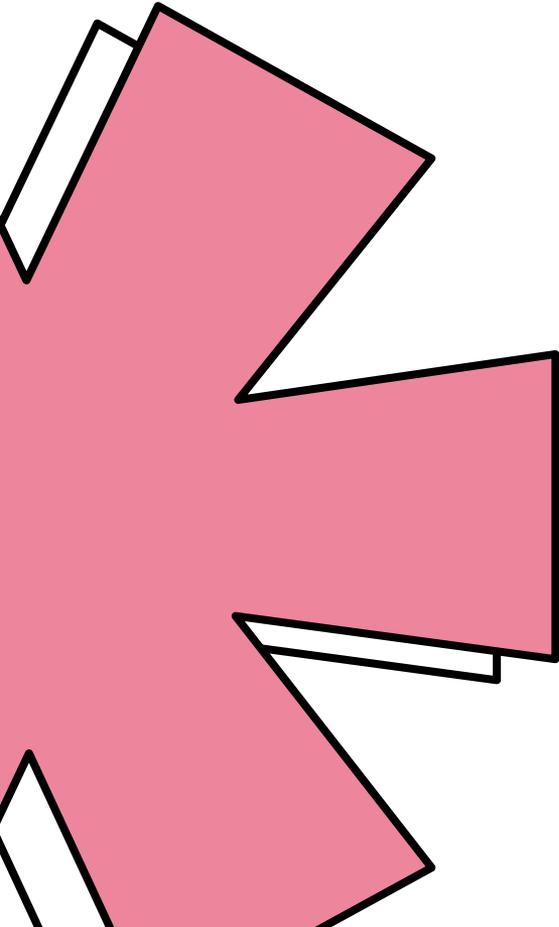
geschlechterspezifischen Entgeltlücke aus: Frauen verdienen in Hamburg 18 Prozent weniger als Männer, leisten dafür aber anderthalbmal so viel unbezahlte Care-Arbeit.

Auch ein Blick über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus zeigt: Die geschlechterpolitischen Herausforderungen sind riesig. Denken wir an die mutigen Frauen in Iran, die seit mehr als einem halben Jahr für ihre Rechte und ihre Freiheit kämpfen und dabei ihr Leben riskieren. Denken wir an die Frauen in Afghanistan, die durch die Taliban-Regierung unterdrückt werden oder an die Frauen in und aus Syrien oder der Ukraine, die mit Krieg, Gewalt, Flucht, Angst und Traumata konfrontiert sind.

Die Problemlagen sind vielfältig, sie sind komplex miteinander verknüpft und sie entspringen einem gesellschaftlichen Machtverhältnis, das die Diskriminierung von Frauen begünstigt – Frauen auf der ganzen Welt kämpfen mit aller Kraft für Aufhebung dieses Machtverhältnisses, für Gleichstellung und für Geschlechtergerechtigkeit – und bis dahin ist noch viel zu tun.

Umso erstaunter haben wir zur Kenntnis genommen, dass eine Hamburger Volksinitiative die Zeit findet, sich mit einzig und allein mit der Ablehnung des Genderns aufzuhalten. Ziel der Initiative ist es, Gender-Sternchen, Binnen-Is oder Gender-Unterstriche aus Verwaltung und Bildung zu verbannen. Sie führt damit eine aufgeregte Debatte um einen Pappkameraden an. Denn in Hamburg gibt es weder in den Schulen noch in der Verwaltung eine Verpflichtung zum Gendern. Die Volksinitiative ›Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung‹, ist somit vor allem eines: ein Ablenkungsmanöver, dass es ermöglicht, die tatsächlichen Probleme der Geschlechterungleichheit zu ignorieren und ihre Agenda der Beibehaltung des Status Quo fortzusetzen.

Wir würden die Auseinandersetzung mit dieser Initiative deshalb an dieser Stelle gerne kurzhalten: Wir wollen als Gewerkschaften die Gleichstellung aller Beschäftigten erreichen. Dazu müssen wir die Gleichstellung auch sprachlich sichtbar machen. Mit dem Gender-Sternchen können wir alle



Geschlechter am besten abbilden. So entsteht ein neues Verständnis und eine neue Normalität von Geschlechtergerechtigkeit. Punkt.

Doch leider ist es damit nicht ganz getan, denn Anti-Gender-Initiativen wie diese sind nicht nur falsch, sondern auch gefährlich. Sie zielen darauf ab, die Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung und der Anerkennung von Geschlechterdiversität zurückzudrängen und tragen dazu bei, eine Atmosphäre der Intoleranz und Diskriminierung zu schaffen.

Initiativen-Gründerin Sabine Mertens heizt den trans- und queerfeindlichen Diskurs an, wenn sie das »Ende der Evolution« an die Wand malt, wenn nun »alle schwul, lesbisch und trans werden sol-

len«. Äußerungen und Initiativen wie diese greifen Menschen an, die nicht binär sind oder nicht der heterosexuellen Normierung entsprechen – das betrifft auch viele unserer Kolleg*innen. Diese verdienen unsere Solidarität und die scharfe Zurückweisung solcher Attacken.

Wir schlagen vor: Begreifen wir derartige Anti-Gender-Initiativen als Stein im Wasser eines Flusses. Das Wasser sucht sich seinen Weg und der Stein zerfällt durch Reibung eines Tages zu Sand.

TANJA CHAWLA,
Vorsitzende des DGB Hamburg

Das Sprachliche ist politisch

Eine Stellungnahme des Landesfrauenrats Hamburg, der schon 2021 mit der Kampagne »Mitgemeint reicht nicht – #Gendern in Hamburg« den politischen Angriffen auf eine gendersensible Sprache entgegentrat

Im Sommer 2021 war uns im *Landesfrauenrat Hamburg* klar, dass wir uns zu gendersensibler Sprache öffentlich positionieren müssen. Während des Bundestagswahlkampfes wurde es als Thema zur politischen Mobilisierung – oder zumindest zum Generieren von Medienaufmerksamkeit – auch in Hamburg genutzt. Der zunehmende Antifeminismus war in der politischen Mitte angekommen, und einer der ersten »Angriffspunkte« der politischen Mitte war das Thema gendersensible Sprache. Ein Jahr später kommt mit einer Volksinitiative aus Hamburg der nächste Angriff von weiter rechts – und die politische Mitte macht mit. Als Dachverband der Hamburger Frauenorganisationen können und wollen wir nicht einfach zusehen, wie dieser gesellschaftliche Diskurs einfach abgewürgt werden soll.

Die deutsche Sprache ist lebendig, sie entwickelt sich ständig. Wir schreiben *Büro* mit ü und o, *Niveau* weiterhin brav mit *eau*. Wir haben Dokumente zum *Download*, *Updates* für unsere Geräte, das neueste *Smartphone* mit wichtigen *Apps*. Mit jeder Auflage des Dudens werden neue Wörter aufgenommen, oft Wörter auch gestrichen. Das kommt daher, dass Sprache von denen gemacht wird, die

sie benutzen, und dass wir sie benötigen, um unsere sich stets im Wandel befindende Welt abzubilden und auszudrücken.

Sprache schafft Wirklichkeit und bildet Wirklichkeit ab. Was wir nicht benennen, ist nicht Teil dieser Wirklichkeit. Mitglieder von marginalisierten Gruppen erleben an der eigenen Person, wie wichtig deswegen Repräsentation ist. Sprachliche Repräsentation ist kein kleiner Teil davon.

Wenn wir nur von *Programmierern* sprechen, werden Frauen in diesem Beruf unsichtbar. Und das hat Auswirkungen im echten Leben: Wer von uns weiß, dass der Software-Code, den etwa die NASA für das Mondflugprogramm in den 1960er und -70er Jahren benötigte, von Frauen verantwortet wurde? Jahrzehnte später erleben Frauen Diskriminierung in der »Männerbranche«, und wir brauchen teure Programme, um Kindern, Jugendlichen, ihren Eltern und Erziehenden aufzuzeigen, dass Mädchen gleichermaßen wie Jungs für IT-Berufe geeignet sein können.

Leistungen von Frauen verschwinden in der Geschichtsschreibung nicht nur, weil sie nicht namentlich genannt werden, sondern auch weil so-